es erwartet auch, schwerlich mit Unrecht, bei den anderen in den Ueberwachungsausschüssen vertretenen Staaten Verständnis für die wirtschaftlichen Vorteile zu finden, die auf diesem Wege ebenso bequem wie gewinnbringend erlangt werden können. Für Frankreich aber bietet sich die Aussicht, das so geschaffene gemeinsame Interesse an der Bekämpfung und Unterbindung des deutschen Wettbewerbs, insbesondere auf überseeischen Märkten, zugunsten der dauernden Erhaltung der westmächtlichen Koalition in die Wagschale zu werfen.

Durch die widerrechtlichen, unter Vertragsbruch begangenen Uebergriffe der Ueberwachungsausschüsse wird in erster Linie und am schwersten naturgemäß Deutschland betroffen, das anscheinend auch diese Gewaltakte über sich ergehen lassen muß. Aber Deutschland nicht allein. Den Vereinigten Staaten von Amerika kann es unmöglich gleichgültig sein, wenn auf den südamerikanischen Märkten, die ihr nächstes wichtiges und zukunftreichstes Absatzgebiet sind, Massenerzeugnisse angeboten werden, die bisher nur aus Deutschland oder doch überwiegend aus Deutschland zur Einfuhr gelangten. Noch weniger kann es den Vereinigten Staaten erwünscht sein, wenn der deutsche Wirtschaftskörper durch solches Vorgehen der interalliierten Ueberwachungsausschüsse seiner besten Kräfte beraubt und seine Leistungsfähigkeit geschwächt wird. Die amerikanische Finanzwelt hat Milliarden-Kredite nach Deutschland gegeben, amerikanische Industrielle und Kaufleute haben in Deutschland an Ort und Stelle die wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin geprüft, wie sich vorteilhaft Verkehrsbeziehungen herstellen lassen. Das ist geschehen in der Voraussetzung, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands fortschreitet, daß Deutschland die Gegenleistungen, zu denen es sich verpflichtet hat, zustande bringen kann. Am allerwenigsten entspräche es dem Interesse der Vereinigten Staaten, wenn in Europa eine Atmosphäre geschaffen würde, die, mit wechselseitigen Spannungen belastet, jederzeit in neuen schweren Zusammenstößen und Erschütterungen sich entladen kann.

In der Frage des Weiterbestehens der interalliierten Ueberwachungsausschüsse werden daher auch die Vereinigten Staaten ein Wort mitzusprechen haben, ein Wort, das Frankreich an seine Verantwortung mahnt und ihm klar macht, daß seine ebenso ehrgeizigen wie gemeingefährlichen Pläne durchschaut und abgewiesen werden.

Die Rheinlandzölle.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 18. August. Laut „Courant" teilte Chamberlain im Unterhause mit, daß die Rheinlandzölle den Alliierten keine Vorteile gebracht hätten. Die Einnahmen seien zwar um 15 Prozent höher als der Voranschlag gewesen. Da sie aber auf die deutschen Reparationsleistungen verrechnet würden, seien sie ohne Einfluß auf die Einnahmen für Wiedergutmachungszwecke gewesen.

Die Einlösung der deutschen Schatzwechsel gesichert.

Berlin, 18. August. Die Mittel zur Einlösung der Schatzwechsel für die Reparationsleistungen am 31. August sind, wie offiziös berichtet wird, absolut gesichert. Die Einlösung der Wechsel wird am Fälligkeitstermin oder schon einen Tag vorher bestimmt erfolgen. Wie ferner berichtet wird, liegt für die Reichsbank keinerlei Grund vor, weder in London noch in Neuyork Verhandlungen wegen einer Anleihe zu führen. Anleiheverhandlungen werden auch zurzeit nicht geführt. Die Reichsbank hat schon seit einiger Zeit den Devisenkauf auf den Märkten eingestellt und kauft nur Devisen, welche ihr freiwillig angeboten werden. Die Hausse an der Berliner Börse, soweit sie mit der Verpflichtung Deutschlands, bis zum 31. August die erste Goldmilliarde an die Entente bezahlt zu haben, zusammenhängt, entbehrt somit der tatsächlichen Unterlage.

Vanderlip über die schwierige Lage Deutschlands.

Berlin, 18. August. Frank C. Vanderlip, der heute von Berlin nach Prag abgereist ist, gewährte dem hiesigen Vertreter der „Associated Preß" eine Unterredung, in der er u. a. sagte: Deutschland arbeitet schwer. Von der Oberfläche aus gesehen, läßt vieles darauf schließen, daß Deutschland sich erholt. Unter der Oberfläche aber sind die nationalen Finanzen in einem heiklen Zustande. Es scheint keine Hoffnung zu bestehen, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Neues Papiergeld muß andauernd hergestellt werden. Das wird dazu führen, die Preise weiter in die Höhe zu treiben, die Mark zu entwerten und die Stellung der Regierung schwierig zu gestalten. Ich habe mit dem Reichskanzler und den führenden Ministern gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß sie sich aufs ernstlichste bemühen. Doch glaube ich, daß sie an einer Aufgabe arbeiten, die zu groß ist, um erfolgreich zu sein. Früher oder später wird man eine Aenderung oder einen Aufschub der Reparationsforderungen eintreten lassen müssen.

Die Arbeitslosigkeit im Saargebiet.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 18. August. Pariser Blätter berichten, daß die Arbeitslosigkeit im Saarland noch stärker zunimmt als in Frankreich. In zwei Wochen werden im Saargebiet nahezu 100 000 Arbeiter ohne Beschäftigung sein. Die Eisen- und Stahlwerke wollen in der nächsten Woche noch weitere Entlassungen vornehmen, außer den Tausenden von Arbeitern, denen am letzten Sonnabend gekündigt wurde. Mangel an Absatz wird als Ursache der Krise angegeben, doch wird vermutet, daß eine Herabsetzung der Löhne im Vordergrunde stehen soll.

93 Millionen Mark Besatzungskosten der Stadt Koblenz

Koblenz, 18. August. Aus einem Berichte der Stadt Koblenz über den Stand der Gemeindeangelegenheiten für 1921 geht hervor, daß die Gesamtaufwendungen der Stadt an Besatzungskosten bis jetzt nicht weniger als 93 Millionen betragen. Ueber die Wohnungsbeschlagnahmen wird folgendes gemeldet: Die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen und einzelnen Quartiere beläuft sich in Koblenz auf 485. Die ersten Besatzungsbauten sind bezogen worden. Frei geworden sind dadurch 30 Wohnungen. Inzwischen wurden jedoch 90 wieder neu angefordert. Elf Gasthöfe sind ganz, zwei zum Teil, fünf Lehranstalten ganz oder teilweise beschlagnahmt worden. Schätzungsweise sind 3600 Wohnungen der Bevölkerung durch die Besatzung entzogen worden.

Ein deutsch-italienisches Handelsabkommen

Berlin, 18. August. Zwischen der deutschen und italienischen Regierung haben Verhandlungen zur Abfassung eines Handelsabkommens-Entwurfes geführt. Der Entwurf liegt zurzeit dem italienischen Ministerium des Auswärtigen zur Begutachtung vor.

Deutsche Lokomotiven für Italien.

Rom, 18. August. Ein ministerieller Ausschuß hat sich unter Zuziehung von Fachleuten und Industriellen in diesen Tagen mit dem Angebot Deutschlands zu befassen, Italien für die Wiedergutmachungsrechnung 800 fertige Lokomotiven für seine Staatsbahnen zu liefern. Italien kostet eine Lokomotive durchschnittlich rund 1 Million Lire. Deutschland würde diese Lieferungen den Barzahlungen und Rohstofflieferungen vorziehen. Das Angebot wird skeptisch aufgenommen, da eine Benachteiligung der italienischen Industrie befürchtet wird.

Eine internationale Post- und Telegraphen-Konferenz.

Riga, 18. August. Die lettische Regierung hat Einladungen zu einer internationalen Post- und Telegraphen-Konferenz für den 10. September in Riga versandt. Alle Ostseestaaten sind eingeladen, Rußland, Memelland, Deutschland, Danzig und die drei nordischen Staaten. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Post- und Telegraphen-Tarife und der direkten Telegraphenverbindungen.

Lloyd George über die britische Reichskonferenz.

London, 18. August. Im Unterhaus erklärte Lloyd George bezgl. der Reichskonferenz: Die Konferenz habe sich mit der gesamten auswärtigen Politik Englands befaßt, mit der oberschlesischen und kleinasiatischen Frage, mit den Reparationen, mit der Entwaffnung Deutschlands, dem englisch-japanischen Bündnis und mit Aegypten. Es sei auf der Konferenz eine gemeinsame Verständigung in bezug auf die politischen Richtlinien erreicht worden, eine Tatsache, die nicht nur dazu beigetragen habe, ihm und Lord Curzon in Paris mehr Kraft zu verleihen, sondern auch auf die ganze Welt Eindruck gemacht habe. Die Frage, die England mit am meisten beschäftigt habe, sei das englisch-japanische Bündnis und die Pacificfrage. Auch die ägyptische Frage sei auf der Reichskonferenz erörtert worden. Desgleichen die Verteidigung des Reiches. Alle seien darüber einig gewesen, daß das britische Reich eine Flottenmacht haben müsse, die der jeder anderen der Welt gewachsen sein müsse. Man sei allgemein der Ansicht, daß die gesamten Lasten der Selbstverwaltung nicht dem Mutterlande zufallen dürften. Die Frage, inwieweit die Dominions dazu beitragen sollten, und die beste Art ihrer Beteiligung müßte den Dominions und Indien zur Entscheidung überlassen werden, die für sich selbst beschließen sollten und denen man nicht diktieren könne, da alle natürlich darauf bedacht seien, ihre eigenen Interessen in dieser Hinsicht zu wahren. Lloyd George sagte weiter, das englisch-japanische Bündnis sei da und bestehe weiter, bis es gekündigt werde. Wenn man die Frage der Erneuerung des Bündnisses erwäge, so müsse man in Betracht ziehen, wie es bisher gewirkt habe. Der letzte Krieg sei eine wahre Probe dafür gewesen, und in der Tat müsse man zu dem Schluß kommen, daß das Bündnis von dem japanischen Verbündeten loyal und treu ausgelegt und durchgeführt wurde. Lloyd George erklärte, man könne den Japanern jetzt nicht einfach sagen: Wir danken Euch. Ihr habt uns in unseren Schwierigkeiten beigestanden, wir brauchen Euch nicht mehr, gehabt Euch wohl! Das britische Reich müsse sich wie ein Gentleman benehmen. (wtb.)

Ausschreitungen in London.

Paris, 18. August. Nach einer Havas-Meldung aus London kam es anläßlich der Verurteilung von zwölf Kommunisten, die am Freitag im Verlaufe von Unruhen verhaftet worden waren, zu Krawallen. Bedeutende Polizeistreitkräfte mußten eingreifen, um den Pöbel zu zerstreuen.

Die irische Absage an England.

London, 18. August. Die zweite Sitzung des südirischen Parlaments in Dublin hat zu ähnlichen Kundgebungen wie am Tage zuvor vor dem Stadthaus Anlaß gegeben. Gleich nach Eröffnung der Sitzung gab der Vorsitzende de Valera folgende Erklärung ab: Das uns gemachte Angebot sieht kein Irland vor, sondern nur zwei Trümmer Irlands. Man bietet uns das Statut der Dominions an, doch sind die Dominions weit und wir sind nahe. Wir müßten gute Nachbarn sein und wenn England gut beraten wäre, würde es unsere nachbarliche Freundschaft annehmen. Die Frage einer Trennung von England besteht für uns nicht, denn wir haben uns nie als vereint mit ihm betrachtet, und auch wenn die Vereinigung bestanden hätte, sollte sie als seit dem 21. Januar 1919 als gelöst betrachtet werden, seit dem Tage, an dem die Unabhängigkeit und die Republik in diesem Saale verkündet wurde. Wir sind eine getrennte Nation und werden uns bis aufs äußerste verteidigen. Wenn wir eines Tages die Waffen niederlegen, werden wir es als Besiegte tun, nicht anders. Das verkünde ich in öffentlicher Sitzung, damit das irische Volk über uns urteilt.

London, 18. August. Das Sinnfeiner-Parlament hielt heute in Dublin eine geheime Sitzung ab, um die Antwort auf das britische Angebot, Irland alle Rechte eines Dominions innerhalb des britischen Reiches zu gewähren, zu beschließen. In Dublin ist man, wie die Blätter melden, nicht geneigt, zu glauben, daß die Verhandlungen von einem plötzlichen Abbruch bedroht werden. „Pall Mall and Globe" zufolge wurde heute nachmittag in amtlichen Kreisen in London die irische Frage optimistisch beurteilt. Man glaubt, daß der Friedensvertrag mit Irland nach Empfang der Antwort des Sinnfeiner-Parlaments nicht nur weitergehen werde, sondern daß diese sich auf einer Linie bewege, die den Waffenstillstand nicht gefährden werde. Das englische Kabinett hielt heute vormittag unter Vorsitz von Lloyd George eine Sitzung ab, in der die irische Frage erwogen wurde. „Evening Standard" erfährt, daß die Regierung nicht beabsichtige, den Waffenstillstand abzubrechen, falls die Verhandlungen erfolglos bleiben. Wenn die Sinnfeiner Gewalttätigkeiten begehen sollten, werde die Regierung die verantwortlichen Sinnfeiner ersuchen, diese Gewalttätigkeiten zu unterdrücken. Wenn eine militärische Aktion notwendig werde, wird sie in einem bisher noch nicht dagewesenen Maße durchgeführt werden und von einer strengen Blockade zur See begleitet sein. (W. T. B.)

Die Rote Kreuz-Hilfe für Rußland.

Berlin, 18. August. Die Vertreter des deutschen Roten Kreuzes auf der vom Präsidenten Ador für den 15. d. M. nach Genf einberufenen Konferenz für die russische Hilfsaktion sind zurückgekehrt. In den von der Konferenz angenommenen Entschließungen, die von Genf aus unmittelbar dem Präsidenten des Obersten Rates und dem Völkerbunde mitgeteilt werden, kommt in erster Linie die Unparteilichkeit der Hilfsbestrebungen des Roten Kreuzes für das notleidende Rußland zum Ausdruck. Eine internationale Kommission des Roten Kreuzes soll alsbald die Arbeiten für die Hilfsaktion zugunsten aller von der Hungersnot heimgesuchten Bezirke im Osten aufnehmen. Die Vorarbeiten dieser Kommission werden von Genf aus geführt. Die Konferenz beschloß, Dr. F. Nansen und Herbert Hoover die Leitung des ganzen Hilfswerkes anzuvertrauen. (W. T. B.)

Nansen über die Hilfsaktion.

Kopenhagen, 18. August. „Politiken" meldet aus Christiania: Prof. Fridtjof Nansen ist gestern nach Riga abgereist, um anläßlich seiner Ernennung zum Oberkommissar für die internationale Hilfsaktion Besprechungen abzuhalten. In Riga wird er mit Vertretern des von der Sowjetregierung eingesetzten Hilfskomitees und darauf mit dem Generalsekretär des internationalen Hilfskomitees, Gorwin, sowie mit dem Engländer Lodge, der unter Nansen die Verschiffung der heimzusendenden Kriegsgefangenen leiten wird, verhandeln. Wahrscheinlich wird Nansen auch mit einem Vertreter von Hoover zusammentreffen. Ob die Hilfeleistung für Rußland in dieser Form zustandekommt, kann noch nicht als entschieden betrachtet werden. Nansen erklärte vor seiner Abreise Pressevertretern: Zwei Hauptschwierigkeiten seien zu überwinden. Die eine sei die Geldfrage, die andere die des Transportes der Lebensmittel in Rußland. Er reise nach Riga, um namentlich die letzte Frage zu lösen. Es gäbe zwei Wege: In erster Linie den Wasserweg, der bis zum Aeußersten ausgenutzt werden müsse. Er werde für den Transport namentlich die Wolga benutzen, aber um dorthin zu gelangen, müßten die Waren zunächst mit der Eisenbahn befördert werden. Die russischen Eisenbahnen litten nach dem Kriege an einem fühlbaren Mangel an Material, aber das gesamte vorhandene Material müsse jetzt ausgenutzt werden, um die Verbindung von der Ostsee nach Osten zu ermöglichen. Wahrscheinlich wird Nansen in Riga Litwinow sprechen, der sich dort aufhält. (W. T. B.)

England und die Leipziger Prozesse.

London, 18. August. Nach einer Reutermeldung sagte der Sollicitor General im Unterhause über die Leipziger Prozesse weiter: Das Problem der Aburteilung der Kriegsbeschuldigten sei sehr schwierig gewesen. Es sei bisher gelungen, Schuldigerklärungen in den verhandelten Fällen zu erreichen, obgleich einige, welche die Angelegenheit vom Standpunkte der Rache ansähen, enttäuscht sein würden. Pollock sagte weiter: Es muß daran erinnert werden, daß wir zum ersten Male in der Weltgeschichte ein besiegtes Land dazu brachten, seine Schuldigen vor Gericht zu stellen. Es wurden Urteile gefällt, die doch, wenn wir sie auch für unzulänglich erachten, das Brandmal des eigenen Landes tragen. Wir werden hinsichtlich der erzielten Ergebnisse immer sagen können, daß Deutsche vom höchsten Gerichtshofe Deutschlands abgeurteilt wurden. Vom Rechtsstandpunkte aus, vielleicht auch von dem der internationalen Justiz, war das kein geringer Erfolg. Wenn die Schuldigen vor die Gerichte der Sieger gestellt worden wären, hätte man sie in Deutschland als Märtyrer ansehen können. So aber wird es den Deutschen niemals möglich sein, zu sagen, daß sie nicht barbarische Grausamkeiten und Greueltaten (!) an Kriegsgefangenen und anderen begangen hätten. Denn die deutschen Gerichtshöfe haben sie vor aller Welt verurteilt. Das bedeutet einen neuen Markstein in der internationalen Justiz. (W. T. B.)

Diese tendenziöse Ausbeutung der Prozesse zeigt aufs neue die Dringlichkeit der Forderung nach Veröffentlichung der Gegenliste.

Der deutsch-amerikanische Vertrag.

Paris, 18. August. Die „Chicago Tribune" erfährt, daß in den Verhandlungen mit dem amerikanischen Kommissar Dressel in Berlin die Grundzüge eines Vertrages zwischen Deutschland und Amerika festgelegt worden sind, daß jedoch noch eine Reihe von Einzelheiten zu erledigen bleibe. Auf Grund der bereits ausgearbeiteten Bedingungen reservieren sich die Vereinigten Staaten alle Rechte und Vorteile, die ihnen aus dem Versailler Vertrag zukommen. Die wichtigste deutsche Konzession ist der Verzicht auf die Kabel von Yap und Emden—Neuyork. Deutschland seinerseits fordert erstens Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums oder das Recht, dieses Eigentum selbst zu verkaufen, weiter die Einsetzung der diplomatischen und konsularischen Vertreter in Amerika, gleiches Recht für Deutsche, die Amerika besuchen wollen, wie für die Amerikaner, die nach Deutschland kommen. Diese Bedingungen werden augenblicklich in Washington befürwortet.

Südslawien und Fünfkirchen.

Belgrad, 18. August. Das Pressebureau meldet aus Fünfkirchen: Die Proklamierung der jugoslawisch-ungarischen Republik in Fünfkirchen hat überall Anklang gefunden. In einer Reihe von Orten wurden Volksversammlungen abgehalten, die Entschließungen annahmen, in denen einmütig die Republik ausgerufen wird. Die Bevölkerung verlangt, daß Schutztruppen aufgestellt und bewaffnet werden, um gegebenenfalls einen ungarischen Einmarsch abzuwehren. Gestern fanden zwischen Vertretern der südslawischen Regierung und Mitgliedern der Ententekommission Verhandlungen statt. Die Ententevertreter verlangten, daß die Räumung sofort beginne und um jeden Preis bis zum 20. d. M. beendet sein müsse. Der englische Oberst Cosset, dem der südslawische Befehlshaber und Regierungskommissar erklärte, daß die Räumung nicht beginnen könne, weil noch keine Weisung der südslawischen Regierung vorliege, erklärte daß die Ungarn jedenfalls am 20. d. M. eintreffen würden.

Die Uebergabe Westungarns.

Wien, 18. August. Wie die Blätter erfahren, wird morgen die Räumung Westungarns durch Ungarn und die allmähliche Uebergabe an die Ententekommission und sodann an die österreichischen Behörden beginnen. Meldungen über Einrücken österreichischer Wehrmacht im Burgenlande werden als unrichtig bezeichnet, dagegen sind starke Kräfte Gendarmerie und Sicherheitspolizei in Bereitschaft gestellt, so daß jedem Zwischenfall ein rasches Ende bereitet werden könnte. (W. T. B.)

Eine Erklärung des ungarischen Außenministers.

Budapest, 18. August. Im auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung gab der Minister des Aeußeren Banffy ein Exposé über die Baranyaer und die westungarische Frage. Die Räumung des Baranyaer Gebiets durch die Serben beginne am 18. d. M. und werde am 25. beendet sein. Den jüngsten Ereignissen in Fünfkirchen mißt der Minister keine besondere Bedeutung bei. Sowohl Ungarn wie die Großmächte hielten an der Vollziehung der Räumung fest. Der Ausschuß nahm schließlich eine Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, bei der Lösung der westungarischen Frage die Interessen des ungarischen Staates mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren. (W. T. B.)

Ende der Parteibesprechungen.

Berlin, 18. August. Die Parteibesprechungen mit dem Reichskanzler sollen heute zum Abschluß gelangen. Es sollen heute die Deutschnationalen empfangen werden. Die Kommunisten scheiden anscheinend vollkommen aus.

Noch keine Einberufung des Reichstages.

Berlin, 18. August. Der Reichstag wird zum 6. September noch nicht einberufen. Auch ist es unrichtig, daß der Auswärtige Ausschuß Mitte nächster Woche zusammentritt. Eine Einberufung des Ausschusses wegen der oberschlesischen Frage ist nicht beabsichtigt. Eine Einberufung käme nur in Betracht, wenn die deutsch-amerikanischen Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß gelangt sein sollten.

Beratung der Steuervorlagen im Reichsrat.

Berlin, 18. August. Der Reichsrat hielt heute unter Vorsitz des Reichsministers Rathenau eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen sind bereits sämtliche Steuervorlagen, die den zuständigen Ausschüssen überwiesen waren. Der Reichsrat erledigte eine große Reihe kleinerer Vorlagen, darunter auch die Ermäßigung der Kohlensteuer für den Bezirk der niederschlesischen Kohlensyndikate. (wtb.)

Tumultszenen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Berlin, 18. August. In der heutigen Sitzung der kommissarischen Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlins kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und den Kommunisten. Nachdem der Antrag auf Bewilligung von 100 000 Mark für Sowjetrußland mit großer Mehrheit angenommen worden war, wurde der Magistratsantrag auf Bewilligung von 10 000 Mark für das oberschlesische Hilfswerk besprochen. Der Unabhängige Schneider lehnte namens seiner Partei jede solche Beihilfe für die Verbände heimattreuer Oberschlesier ab. Der Deutschnationale Kimbel äußerte sich gegen diese Haltung und sprach alsdann mit scharfen Worten von den Maßnahmen der russischen Kommunisten, auf die die Katastrophe zurückzuführen sei. Hierauf entstand ein ungeheurer Tumult, der in eine Schlägerei ausartete. Die Kommunisten stürzten auf die Rednertribüne los, und es entstand ein allgemeiner Wirrwarr, wobei es zu Tätlichkeiten kam. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Nach ihrer Wiedereröffnung mißbilligte der Stadtverordnetenvorsitzende entschieden alle Tätlichkeiten und wörtlichen Angriffe. Da eine ordnungsmäßige Fortsetzung der Erörterungen wegen der herrschenden Erregung nicht möglich war, wurde die Sitzung geschlossen, ohne daß für die Beihilfe für Oberschlesien Beschluß gefaßt wurde. (W. T. B.)